

3959/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Kier, Partnerinnen und Partner
an den Bundesminister für Justiz

betreffend Zwangsernährung für Schubhäftlinge

Der Bundesminister für Inneres, Karl Schlögl, hat in der parlamentarischen Anfragebeantwortung 3566/AB XX. GP, in welcher indirekt verschärfte Maßnahmen gegen Schubhäftlinge und die Einführung der Zwangsernährung im Falle von Hungerstreiks gefordert werden, zu Frage 1 folgendes ausgeführt: „Die Erfahrung der letzten Monate hat gezeigt, daß die Anzahl der in den Hungerstreik tretenden Schubhäftlinge im Steigen begriffen ist. Daher habe ich veranlaßt, daß mein Ressort mit dem Bundesministerium für Justiz versucht, gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Diese Gespräche sind gescheitert. Daher werde ich in den kommenden Monaten eine diesbezügliche Gesetzesinitiative vorlegen.“

Die unterzeichneten Abgeordneten richten folgende

ANFRAGE

an den Bundesminister für Justiz:

1. Mit welchem Vorhaben betreffend eine Lösung des Problems der hungerstreikenden Schubhäftlinge ist der Bundesminister für Inneres an Sie herangetreten?
2. Wie lautet das Ergebnis der darüber geführten Gespräche zwischen den beiden Ministerien?
3. Warum sind diese Gespräche - laut Innenminister Schlögl - gescheitert?
4. Halten Sie eine Gesetzesinitiative zur Einführung der Zwangsernährung oder zur Verbringung in ärztliche Behandlung von hungerstreikenden Schubhäftlingen für angebracht bzw. notwendig? Welchen Beitrag werden Sie dazu leisten?